A N T R A G

der Abgeordneten Mag. Suchan-Mayr, Hundsmüller, Pfister, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Mag. Scheele, Schindele, Schmidt, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend Erhalt von sauberem Trinkwasser auch für zukünftige Generationen

In Österreich, insbesondere in Niederösterreich ist Trinkwasser glücklicherweise noch ausreichend vorhanden, aber dennoch mit zahlreichen (regionalen) Herausforderungen verbunden. Denn in den letzten trockenen Jahren gab es in einigen Gemeinden bereits Engpässe bei der Wasserversorgung.

Allen NiederösterreicherInnen muss sauberes Trinkwasser in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. Sauberes Trinkwasser ist Voraussetzung für ein gesundes Leben und wesentlich für die Gesundheit von Kleinkindern. Trinkwasser soll in Österreich nicht aufbereitet sein müssen, sondern aus frischer Quelle oder sauberem Grundwasser stammen. Die laufende Kontrolle des Trinkwassers muss dabei vor Ort sichergestellt werden und ist von nationalem Interesse.

Entscheidend ist daher vorsorgender Grundwasserschutz, um Einträge wie Nitrate oder Pestizide in Grundwasserkörpern oder Quellen zu vermeiden. Die klimatischen Veränderungen – insbesondere regionsspezifische geringere Niederschlagsmengen – bedingen bereits bei nur geringen Überschüssen der Düngemenge erhöhte Sickerwasserkonzentration und in weiterer Konsequenz erhöhte Nitratwerte im Grundwasser. Die Nitratsituation hat sich in den vergangenen Jahren kaum verbessert, in manchen Regionen sogar verschlechtert. Daher muss eine laufende Bodenkontrolle (zumindest im Jahresrhythmus in Form eines engmaschigen Kontrollnetzes) gesichert sein.

Ein Frühwarnsystem über alle Regionen des Landes muss sicherstellen, dass wesentliche Grundwasserreserven breitflächig kontrolliert werden (zB. Mitterndorfer Senke).

Viele Hausbrunnenbesitzer können in diesen Gebieten ihre Brunnen nicht mehr für Trinkwasserzwecke nutzen. Insbesondere Klein- und Kleinstkinder sind bei entsprechenden Belastungen durch Nitrat gefährdet. Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt für die Zubereitung von Säuglingsnahrung den Wert von 10 mg/l möglichst nicht zu überschreiten. Sehr hohe Nitratkonzentrationen können im Körper zu Nitrit umgewandelt werden und den Sauerstoffgehalt im Blut beeinträchtigen (Blausucht). Anders als bei bakterieller Verunreinigung verbessert das Abkochen des Wassers nicht dessen Qualität. Im Gegenteil: Dadurch wird das Nitrat im Wasser nur noch stärker konzentriert!

Seit dem Jahr 2011 ist (österreichweit) bei einem Viertel der Messstellen ein steigender Trend der Nitratbelastung zu beobachten. Wie bei der Einbringung von Pflanzenschutzgiften muss bei Düngen von landwirtschaftlichen Flächen eine vor Ort Probe sicherstellen, dass nur zulässige Einbringung von Düngung möglich ist. Hier gilt der Grundsatz „Gemeinwohl vor betrieblichen Einzelinteressen“.

Ambitionierte Maßnahmen, mit der eine deutliche Reduktion der Düngermengen einhergehen, fehlen derzeit jedoch. Zu befürchten ist, dass – verstärkt durch die geringe Niederschlagsmenge – in Gebieten mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung die Nitratkonzentration an etlichen Messstellen den Schwellenwert überschreiten wird.

Ein aktueller Bericht von Greenpeace zeigt den hohen Eintrag von Pestiziden und Arzneimittelrückständen in Gewässern durch die Massentierhaltung auf. Dies zeigt, dass auch hier dringend Handlungsbedarf geboten ist und diese Anwendungen reduziert werden müssen.

Bleiben die Niederschlagsmengen weiterhin so gering, die Höhe der eingesetzten Düngemittel und Pestizide aber gleich, führt das automatisch zu einer erhöhten Konzentration von Nitraten und Pestiziden zuerst im Boden, dann durch Auswaschung im Grundwasser. Es müssen dringend weitreichende Maßnahmen im Sinne des vorsorgenden Grundwasserschutzes gesetzt werden, um der niederösterreichischen Bevölkerung weiterhin sauberes Trinkwasser garantieren zu können.

Insbesondere nachstehende Maßnahmen sind daher zum nachhaltigen Schutz des Trinkwassers erforderlich:

1. transparente Erfassung der Düngungs- und Pestizid-Aufzeichnungen;
2. Maßnahmenpaket zur Änderung der Dünge- und Pestizidpraxis und der Reduktion des Düngemittel-, Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes in der Landwirtschaft mit gesetzlichen Vorgaben;
3. pestizidfreie Regionen zum Schutz und zur Erholung von Böden und Wasser;
4. EU-weite Vorgaben zum Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide bei Agrarumweltprogramm-Förderungen;
5. EU-weite Agrarförderungen an strenge Bedingungen hinsichtlich Umwelt- und Gesundheitsschutz zu binden;
6. verstärkte Förderung von grundwasserschonenden Anbaumethoden.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern im Sinne der Antragsbegründung die entsprechenden Schritte zum umfassenden Schutz des Trinkwassers zu setzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Umwelt-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.